

**(Prüf-)Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/
Die Grünen sowie Herrn Tügel, Die Linke und Herrn Rangs, FDP**

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Bezirksvertretung Homburg/Ruhrort/Baerl	11.05.2021	Entscheidung

Betreff

**(Prüf-)Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie Herrn Tügel,
Die Linke und Herrn Rangs, FDP;
hier: Aufstellung oder Errichtung einer Gedenkplatte oder einer Gedenkplakette am
Sportplatz an der Rheinpreußenstraße in Duisburg-Homburg**

Inhalt

Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Aufstellung oder Errichtung einer Gedenkplatte oder einer Gedenkplakette am Sportplatz an der Rheinpreußenstraße in Duisburg Homburg zu prüfen. Zur Finanzierung sind sämtliche städtischen und überregionalen Fördermaßnahmen einzubeziehen

Begründung

Der Bau des Rheinpreußen-Treibstoffwerks in Moers-Meerbeck war Teil der Vorbereitungen auf den Zweiten Weltkrieg. Am 1. Mai 1939 wurde das Werk eröffnet. Es befand sich in unmittelbarer Nähe des Auskiesungsgeländes Lohmannsheide. Die Kraftstoffproduktion aus Kohle war ein wesentlicher Teil der Deutschen Wehrmacht und war überwiegend zum Betreiben der Panzer bestimmt.

Für die Förderung der enormen Mengen Kohle waren die umliegenden Zechen, insbesondere der Rheinpreußen AG mit Sitz in Duisburg-Homburg, verantwortlich. Personell wurden viele Zwangsarbeiter eingesetzt, die aus mehreren europäischen Ländern, insbesondere aus Russland und der Ukraine stammten. Die Zwangsarbeiter waren in mehreren KZ-ähnlichen Lagern untergebracht und waren unmenschlicher Behandlung ausgesetzt. Viele Zwangsarbeiter starben, sie wurden u. a. auf dem Friedhof Lohmannsheide beigesetzt. Zwei der Langer befanden sich in Homburg auf dem Gelände des Schachtes III, heute Am alten Schacht, und auf dem naheliegenden heutigen Sportgelände an der Rheinpreußenstraße.

Arbeiter, die angeblich zu faul waren oder geringste Verfehlungen begangen hatten, wurden umgebracht oder in Konzentrationslager verbracht. So sind Deportationen in die KZ Sachsenhausen und Buchenwald dokumentiert.

Akten über den Einsatz der Zwangsarbeiter im Kohlebergbau wurden 1945 auf Anweisung der SS vernichtet, um einer möglichen Strafverfolgung zu entgehen. Dieses belegt ein Gutachten der Universität Bochum.

Entweder Am Alten Schacht oder am Sportgelände an der Rheinpreußenstraße soll eine Gedenkplatte oder -plakette s. o. angebracht oder ein Gedenkstein aufgestellt werden.